

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 50 Cents pro Stück monatlich 2 Mark. — Preis für 6 Monate 10 Mark. — Preis für ein Jahr 18 Mark. — Abonnementpreise werden im Voraus bezahlt. — Postamt: Reichs-Postamt Nr. 21, Leipzig. — Druck: Lechner Druck- und Verlagsanstalt, Leipzig.

Abonnementpreise: Für die jährige Ausgabe 10 Mark. — Einzelnverkauf: 1 Mark. — Einzelnummer: 20 Pfennig. — Druck: Lechner Druck- und Verlagsanstalt, Leipzig. — Postamt: Reichs-Postamt Nr. 21, Leipzig. — Druck: Lechner Druck- und Verlagsanstalt, Leipzig.

Nummer 29

Halle (S.), 17. Juli 1926

2. Jahrgang

Die Krise der Diktatur.

Mangel an Persönlichkeiten — Die sterbende Monarchie — Vollmachten für König Albert — Alfons auf Reisen — Der Schatten Mussolinis — Wirkliche Diktatoren und ihre Plagiatoren — Die Erstürmung der Bastille — Primo de Rivera als Arzt — Scheinkonstitution in Spanien — Die Tangerzone — Pangalos baut ab — Diktatorenkrieg in Portugal — Oldenburg-Januschau Wünsche — Die Randare — Die Noten des Generals Walsh — Frankreichs Kampf um den Franken.

Man spricht so gern von einer Krise des Parlamentarismus und behauptet, daß diese Einrichtung so ziemlich das Tüchtigste sei, was es auf dieser an Tothbeiden überirdischen Welt gebe. In Wirklichkeit krank dieses System lediglich an einem fühlbaren Mangel an Persönlichkeiten, deren Erleuchtung, die es mit anderen menschlichen Einrichtungen teilt. Auch die Monarchie ist an dem gleichen Mangel zugrunde gegangen. Die Monarchie kann, als es eine Monarchie mehr gab, weniger seine, die formatierten. Nur die klugen Engländer und einige Kaiser, die von ihnen gelernt hatten, retteten die Krone in die sonstige Zeit hinein, indem sie die gekrönten Häupter steuern ließen. Scheinbar gibt es eine Ausnahme in diesen Aufträgen. Die beliebige Kammer bewilligt ihrem König diktatorische Vollmachten, um den Frank auf seinem Abwege etwas aufzukapen. Aber König Albert II. hat der Kamme für eine andere Sache, denn die Vollmachten werden nicht von ihm, sondern von seinem Kabinett benutzt. Er darf sie unterschreiben, und wenn er sich weigern würde, etwas gutzuheißeln, was ihm garnicht gefällt, so würde das nur ihm und nicht den Vollmachten schaden. Das nennt man konstitutionelles System. Weisens darf er sich darüber nicht beschweren, denn seinen Besten in diktatorisch begüterten Ländern ergeht es nicht besser. Alfons XIII. wird zwar auf Reisen geschickt, um politische Geschäfte abzuschließen, aber seine Aufträge sind eng begrenzt. Er ist nur der Reisende der Firma und hat die Befehle ihres Chefs zu vollziehen. Und König Viktor Emanuel wird sich in den Jahren der Fastenberühmtheit bereits daran gewöhnt haben, daß er nur die Schatten Mussolinis in die Weltgeschichte eintrifft. Er selbst zählt nicht, auch wenn immer das Saopver Vieh spielt wird meistens freilich erst nach der Woiwoga, der Facitinhomme.

das noch starke Gifte im Körper sind. Es ist lästlich keine Kleingeist, wenn sich die ersten Geändern des Landes heimlich zusammentun, um dieser unheimlichen Diktatur zu steuern. Primo de Rivera hat auch so eine leise Ahnung davon, daß es mit der Diktatur allein nicht geht. Deshalb seine Bemühungen, einen Scheinkonstitutionalismus zu schaffen, ein Parlament, in das aber nur erprobte Männer eintreten dürfen. Bürger sind unerwünscht. Sie werden schon durch die Statuten ausgeschlossen, womit man den Zweck eines solchen Vorfalls allerdings gründlich vertekelt.

Wenn man im Inneren sich festgehören hat, sucht man nach außenpolitischen Erfolgen. Das haben Diktatoren und Herrscher von Gottes Gnade jederzeit als das letzte Rezept angesehen. Mütter gelang es, meistens aber erndete es mit einem Mißerfolg, wie erst vor einem Jahre zehnt bei den Romanows. Auch der Spanier sucht krampf-

lehren wir wieder. Dort hat sich inzwischen die Konturanz aufgelöst, und so erleben wir mit einer geradezu langweiligen Wiederkehr des Gleichen, daß überall, wo ein Militär Diktator wird, der Krieg der Diktatoren entzündet. Das ist nicht nur in China, sondern auch in Europa so.

Künste Beobachter werden daraus schließen, daß es mit diesem zielgerichteten System nichts ist. Da diese Erkenntnis aber nur für kluge Beobachter gilt, hat Lord von Oldenburg-Januschau bei einer Denkmalserrichtung in Kienburg gekäuert, der Generalsdemagogie sollte die Randare fester anziehen. Aus dem Kaiserreichsflaggeon des preußischen Jankers in das Politische überseht, Herr von Hindenburg löst Diktator spielen. Die Gefahr ist nicht groß, denn der Marschall hat eine Eigenschaft, die ihn dazu ganz ungeeignet macht, seine Treue. Er hält jeden Eid, den er geschworen, vom Frankreich angefangen bis zum Eid auf die Reichsverfassung. Was ihm die Januschauer aller Färbungen sehr verdanken, auch wenn sie von nichts so viel reden, als von der deutschen Treue. Der Präsident der deutschen Republik aber hat in diesem Jahre seiner Amtsführung überdies gelernt, daß ein Staat nicht ganz so robust ist, wie er scheint, sondern aus der Wertigkeit der Gemeinwesen herorgegangen ist und viel mehr Intelligenz zur Bewebnung braucht, als Rechtsblätter annehmen. Diese Kräfte, die immer peinlich über andere Ehre wachen, sind wenigstens vorzubereiten, sobald es sich um die Ehre selber handelt. Niemand geraten sie in einen Konflikt der Pflichten, schon weil sie mit diesem Begriff nichts anzuwenden willen. Am meisten scheuen sie Verantwortung. Wenn ein französischer General, der zufällig kein Diktator ist, sondern nur an der Spitze der internationalen Militärkommission steht, seine Doleinsberechtigung nachweisen will und Deutschland mit Noten über mangelnde Erfüllung — daß die Votifizierkonferenz aus ihr abgerufen erklärt hat, daß er offenbar übersehen, obwohl die Feststellung in französischer Sprache getroffen wurde, so jubeln alle Frommen. Weich, die Republik hat Recht. Nichts ist ihnen unjämmerlicher, als wenn es dem Vaterlande gut geht, was man mit einem Fremdwort als Patriotismus bezeichnet.

Primo de Rivera.



„Jeder Putsch ist Hohrort! Außerdem ist das meine Sache!“

häft nach Erhöhung des Preises. Dabei verfallt er auf das Klügste: auf Zanger, das ja in wenigen Stunden zu erreichen ist. Er möge gern die Einwohnerleitung der neutralen Zone in das spanische Herrschaftsbereich durchziehen. In Paris nicht man wohlwollend und knäpft nur die eine Bedingung an die Zustimmung, daß man in London sich zu Gleichen entschließen, in der weisen Vorausicht, daß dort schon das Klein geliept würde. Und so geschah es. Aber selbst wenn Herr Chamberlain zugängliche gewesen wäre, hätte deshalb doch noch nicht die Frage in Zanger gefügt werden können. Die Italiener erheben darauf auch Anspruch. Eigentlich ein Preisrästel, worauf die Italiener nicht Anspruch erheben, von Nordpol angefangen bis Feuerland. Die Welt ist eben eng und hart, im Räume flößen sich die Diktatoren. Das Einzige, was der General heimbringt, ist ein Kreditbrief.

Auch Griechenland hat einen General als Diktator. Nach dem Kriege vom Völkerbund verboten worden sind, bleibt diesen arbeitslosen Zeitgenossen nichts übrig, als sich nach einer anderen lohnenden Beschäftigung umzusehen. Zur dem Höchsten gilt ihr Streben, und so verfallen sie regelmäßig auf den Königserlaß. Auch Pangalos baut die Diktatur langsam und sicher ab, ehe man ihn abbaut. Er spielt die Verantwortung allmählich ab. Und er tut recht daran, denn die Erhebungen seines Kollegen Dacois sind nicht die besten. Mit den Waffen hat er sich keine Fertigkeit erstritten, mit der Waffen wurde sie ihm wieder genommen. Er zeigt trat eine unheimliche Feike nach den Koron an. Auch der Name de Herosimo hat ihn dabei so wenig verkehrt, was Abd el Kerim der Name seines künftigen Reichthums lautet. Ein kleiner Zwischenfall unterweges, eine Panarie der militärischen Disziplin, zu wenig Meuterei der Bewachungsmannschaften, wendet den Kurs. In unsere Heimat

Es ist gut, daß wir eine Auswahl von Diktatoren haben — glücklicherweise in anderen Ländern — um feststellen zu können, daß auch dieses System brüchig geworden ist. Die allgemeine Epidemie, die man am besten als Krise der Persönlichkeiten bezeichnet, hat alles zerstört. Dabei aber stellt sich heraus, daß der Parlamentarismus nur Not auch dann arbeiten kann, wenn die Maschine nur von Durchschnittsmännern bedient wird. Die Diktatur jedoch verlangt überragende Persönlichkeiten. Es gibt in der Geschichte zweifelslos einige, die aus Rad des Weltgeschickes notwendig getrieben haben, nur weil ihnen die seltsame Eigenschaft eigen, daß sie im Grunde Demokraten gewesen sind und nicht gegen das Volk, sondern gegen eine jermierte und trotzdem herrschende Aristokratie auftraten. Daß Kaiser seinen Ursprung von der Gütlichkeit herleitete, war nur eine Entleerung dieses Demokraten, sonst jedoch blieb er ein Sohn des Volkes, und die im Namen der Republik ihn erschlachten, gehörten nicht dieser Partei an, sondern dem alten Adel. Und auch ähnlich Cromwell, ganz ähnlich hat der kleine Napoleonien aus Korika, der sich nachher Kaiser Napoleon nannte und nie seine Herkunft aus der französischen Revolution verleugnete. Selbst sein Leide, der sich nicht in diese Reihe einordnen läßt, beannt sich immer zum Volkstum, und er hat belanntlich ähnlich wie König Oskar von Schweden geäußert: „Ich wäre sehr gern Republikaner, aber mein Gesicht erlaubt mir das nicht.“

Diktaturen haben in erregten Zeiten schon einen Sinn, wenn man Diktatoren hat und keine Surrogate. Auch Mussolinis gehört in diese Kategorie, obwohl er augenblicklich noch auf der Höhe der Macht steht. Die Verdienste, die er erlangt hat, scheinen sich der tiefsten Seele ein. Man hört dort die harten Töne. Und trotz dem darf nicht darüber hinwegzusehen, daß der Boden nicht fest unter ihm ist. Sein kleiner Nachfolger, General Primo de Rivera, erzählt zwar in Paris, wo er bei den Klängen der Marschälle am Tage der Eröffnung der Bastille militärisch grüßen wird, daß er als Arzt eine notwendige Notwendigkeit am spanischen Kaiserthum erfüllt, daß ihn noch keine medizinische Gesellschaft zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hat, offenbar will man erst die Folgen seiner Ehrenbarkeit überdenken können. Vorzeitig läßt sich der Patient jedenfalls reichlich unbesaglich, und von irgendwelchen Genehmigungsfortschritten wird nichts sichtbar. Im Gegenteil. Das große Geschick, was man dort eine lächerliche Verschwörung nannte, zeigt,

Die Austritts-Erklärungen

Don
Senator a. D. Dr. Stubmann-Hamburg,
Vorsitzender des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei.

Seit Jahren kann man in den Kreisen der Reichspresse, einseitlich derjenigen der Deutschen Volkspartei, immer dann, wenn größere politische Entscheidungen bevorstehen, stets erneuerte Mitteilungen lesen über die „Krisis“ in der Deutschen Demokratischen Partei, über „Spaltungen“, über den „Zusammenbruch“ und ähnliche düstere Vorgänge. Anlaß hierzu bieten leider in der Regel Austrittserklärungen von bisherigen Mitgliedern der Partei, die von der gegnerischen Presse als prominente Mitglieder gewertet werden. Im Falle des Reichsbankpräsidenten Schacht trifft dies ja auch zu, zumal Dr. Schacht Vorstandsmittglied der Partei war, wenn er auch von dieser Eigenschaft selten Gebrauch gemacht hat. Andere Austrittserklärungen sind aus dem Bedürfnis der Agitation in ihrer Bedeutung stark übertrieben worden. Wenn man den geringfügigen Bemerkungen der gegnerischen Presse glauben wollte, dann müßte schon längst innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei ein Zustand eingetreten sein, bei dem herzerogant Männer des Wirtschaftslebens und Vertreter anderer wichtiger Schichten der Partei nicht mehr angehören.

Daß dem nicht so ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Demnach steht eines der in der öffentlichen Meinung muß nicht nur durch derartige Nachrichten, sondern durch Vorgänge, die ihnen zugrunde liegen, der Eindruck entstehen, daß starke Kräfte die Partei verlassen. Und daraus ergibt sich wieder naturgemäß, daß die Werbetätigkeit der Partei entsprechend geschwächt wird. Wir sehen daher eine offene Behandlung dieses Zustandes ein dringendes Erfordernis zu sein.

Die Austrittserklärungen sind jeweils in den schwierigsten Augenblicken vorgenommen worden, meist mit der Begründung, daß man mit dieser oder jener Stellungnahme des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sein könne. Waren es bislang meistens laienliche Meinungsäußerungen, so sind die neuesten Austritte auf tatsächliche Differenzen zurückzuführen. Die austretenden Herren waren nicht einverstanden damit, daß der Parteivorstand bei seiner Stellungnahme zu der Frage der Enteignung allen in der Partei vorhandenen entgegenstehenden Auffassungen Rechnung trug und Neutralität übte.

Demgegenüber muß doch die Frage aufgeworfen werden, warum die Herren der Deutschen Demokratischen Partei angehört haben? Es ist selbstverständlich, daß sie mit ihrem freiwilligen Beitritt nicht die Erklärung verbinden wollten, daß sie mit allem und jedem, was irgendeine berufene Instanz der Partei in Zukunft tun werde, einverstanden sein würden. Auch war es nicht ihre Absicht, mit ihrem Beitritt die Bedingung zu verbinden, nur solange Mitglied zu bleiben, als der Parteivorstand ihren Auffassungen über die weitere politische Entwicklung zu entsprechen beschloß. Sondern beigetreten sind diese Herren der Partei, wenn ich nicht irre, weil sie es mit uns für notwendig hielten, die deutsche politische Entwicklung auf dem Boden der Demokratie und mit dem offenen Bekenntnis zur neuen Staatsform der Republik in bessere Tage hineinzuführen. Würden die Herren diese politischen Auffassungen heute bei anderen Partei besser gewahrt finden, so könnte man immerhin begreifen, daß sie ihrer alten Partei den Rücken kehren. Tatsache ist aber, daß die Deutsche Demokratische Partei die einzige deutsche nicht sozialistische Partei ist, die das Bekenntnis zum neuen Staat und zur demokratischen Einie vorbehaltlos und treuhaft befolgt.

Ich habe mich bei den letzten Austrittserklärungen immer gefragt, wozu diese Herren sich politisch wenden wollen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat nachträglich offen erklärt, daß er Demokrat hei ße. Er schiedet also aus seiner bisherigen Partei aus, um keiner anderen Partei anzugehören. Er begibt sich damit auf jenen Boden, auf dem viele Angehörige unserer Partei, die mit innerem Mißtrauen glauben, der Abneigung gegen Verschlingung mit politischen Problemen können zu können, auf den Boden der politisch Unangenehmen die die Tradition fortleben, die in Deutschland vor dem Kriege das beherrschende Element des politischen Lebens war. Würde diese breite unpolitische Schicht, in der die meisten noch einen ganz schematischen Widerwillen gegen die Volksmassen hatten, vor dem Kriege nicht geradezu maßgebend gewesen sein, dann würde das Regiment von

teeland stärken. Das ist ihre nationale Aufgabe. Leibesbindung muß, die Reichspräsident von Hindenburg laute Volksliste werden. „Leibesbindung ist Bürgerpflicht.“ Leibesbindung ist unentbehrliches Mittel zur Wiedererlangung von Volk und Vaterland.

Sagen Sie, ob Sie der Minister fort, den Millionen Ihrer kunden und fortstreitenden Brüder und Schwestern, die Sie hierher entsandt haben, daß im Herzen der Reichsregierung volle Anerkennung ihres vaterländischen Strebens lebt, und daß wir uns ihnen zur ersten Mitarbeit verbunden fühlen. Eine Regierung erfüllt ihre Pflicht, wenn sie in hohen vaterländischen Aufgaben mit dem Volke in inniger Verbindung steht. Betrachten Sie meine Worte als den Ausdruck dieser innigen Gemeinschaft im Streben für die Sache der Leibesbindung.

Die Deutschen Kampfspiele begrüßen wir als symbolischen Ausdruck dafür, daß alle Deutschen zusammengehören. Hier schneidet die Trennung von Verein und Verband; hier fallen auch die staatlichen Grenzen. Hier steht vor uns ein einzig Volk von Brüdern. Das ist der höchste Sinn des Festes, das wir feiern. So sollen die Wünsche der Reichsregierung zu einem guten Gelingen in diesem höchsten Sinne des Festes ausfließen.

oben, das wir früher besaßen, und das mit einer ganz dünnen Schicht die auswärtige Politik des Deutschen Reiches allmählich in den Abgrund geführt hat, überhaupt unmöglich gewesen sein. Diese Zustände grundlegend ändern, ist das Streben der Deutschen Demokratischen Partei und ihre Hauptaufgabe im neuen Staat. Also das alles richtig ist, darf man dann dieser Partei d. Rücken kehren, wenn irgendein Beschluß der Partei d. eigenen Auffassung nicht entspricht, oder, wie es am leichtesten war, nur deshalb, weil die Partei nicht gerade die Beschluß gefaßt hat, den der einzelne für erminstigt hielt?

Wenn die politische Arbeit und Zugehörigkeit zu ein Partei einen Sinn haben soll, dann ist die Befehlsfrage völlig ausgeschlossen. Hingegen, daß die erliche Austrittserklärungen nicht nur gegen die Demokratie Partei ausgebeutet werden, sondern auch gegen d. staatspolitischen Grundzüge, für die die Partei kämpft, um schließlich auch eine Wänderung des Ansehens unserer Regierungsforn und unserer Verfassungszustände darzustellen. Ich bin, je länger ich überlege, der Ansicht, daß man sich einer von denen, die im Laufe der Jahre aus d. demokratischen Partei austreten sind, sich bis heute nicht darüber klar wurde, welchen schweren Schaden er d. Republik, an deren Errichtung er mitgeholfen hat, z. B. fügte, und wie groß die Förderung derjenigen ist, die den neuen Staat und der demokratischen Verfassung lieb heute als morgen den Garaus machen wollen.

Das, was mit diesen Erklärungen großgezogen wird, ist nicht die Staatsbejahung, die leider in weiten Kreisen auch heute noch fehlt, sondern dient schließlich nur dem G. denken der Staatsbejahung, der Desinteressiertheit, der weiteren Schichten und der Abwendung vor allem d. Wirtschaftskreise von der Gesamtpolitik. Hand in Hand hiermit geht die Vertreibung demokratischer, vorkommlicher Arbeiter aus dem Bürgerum, f. B. die Erhaltung des modernen Staates, wenn die bürgerliche Demokratie durch Erscheinungen, wie wir sie kritisieren, mehr und mehr vernichtet werden würde, in letzter Linie mit bei der Sozialdemokratie liegt.

Auf diesem Wege kommen wir allmählich dazu, daß die Frage: Republik oder Monarchie eine reine Klassenfrage wird. Eines der wichtigsten sozialen Ziele der Demokratie ist, daß die Wirtschaftskreise der Partei, die den Aufbau des neuen Staates zu bewerkstelligen haben, die vor dem Kriege bei der vorhanden war, in eine Staatsabhängigkeit umzuwandeln. Wer heute als Wirtschaftskreise aus irgendwelcher berechtigter oder unberechtigter Verzerrung der Demokratie Partei keine Unterstützung nicht gewährt, oder, wie sie ihn entzieht, verleiht er dem Staat die Notwendigkeit, eine große bürgerliche Partei zur Verfügung zu haben, die uneingeschränkt und vorbehaltlos auf dem Boden der Republik steht. Er verleiht die Notwendigkeit einer aktiven Unabhängigkeit an diesen Staat, die innerhalb der bürgerlichen Kreise zu schaffen ein dringendes Erfordernis ist, wenn Deutschland nicht wieder schweren innerpolitischen Erschütterungen entgegengehen soll.

Vielleicht wird mich nun mancher der ausgetretenen Herren vernehmen, wenn ich es für notwendig erkläre, daß die Angehörigen der Deutschen Demokratischen Partei, so fern diese Zugehörigkeit eine bewusste oder programmatische ist, es vermeiden müssen, einer mienlosartigen Empfindlichkeit bei Einseitigkeiten Raum zu geben und „auszutreten“, eine Empfindlichkeit, die etwa einem Mitglieds gegenüber seinem Kabinett antehen werde, der Geheißer würde und Vorlagen, die gegen sein Gewissen gehen, in Parlament nicht mit vertreten möchte. So liegen aber die Einseitigkeiten die Dinge für ein Parteimitglied nicht; namentlich, wenn diese Partei sich demokratisch nennt. Im demokratischen Staat und in der Demokratie Partei muß die Minderheit die Entscheidung über die Mehrheit übernehmen, selbst dann, wenn sich daraus materielle Schädigungen für die Angehörigen der Minderheit ergeben könnten. Rücksicht kann nur sein, ob die Partei ihrer grundsätzlichen oder ihrer programmatischen Aufgabe nach wie vor gerecht wird. Daß gar das Programm durch einen Wortausbruch verfehlt ist, der auf Neutralität der Parteiführung abzielt, kann nur der behaupten, der von der Meinung ausgeht, daß der Parteivorstand den einzelnen Mitgliedern die Gewissenhaftigkeit in solchen Fragen abzunehmen berufen ist.

Wären sie ein immer wiederkehrender Marktstein deutscher Einigkeit, deutscher Selbstsucht, deutscher Größe und deutscher Freiheit sein.“

Eine Hilfsaktion für Beamte?

Die durch die wirtschaftliche Notlage eingetretene starke Verschärfung des Beamtenstandes und die sich daraus ergebenden bedenklichen Folgen für die öffentliche Sauberkeit hat den Abgeordneten Schuldt-Steglich (Dem.) veranlaßt, bei dem Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold anzugehen. Entschuldigungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen, die in erster Linie darauf abzielen sollen, Beamte aus ihren drückendsten Schuldverpflichtungen zu befreien. Angelehnt der Tatsache, daß die öffentlichen Finanzen und die Rückzahlung auf die große Notlage breiterer Bevölkerungsschichten eine stützende Aufhebung der Beamtenentkommen in naher Zeit nicht ermöglichen, würde die Abhebung der nicht selten unerträglich drückenden privatsphärischen Verpflichtungen durch zinslose Vorläufe aus öffentlichen Mitteln für weite Kreise der Beamenschaft eine willkommene Hilfe sein.

und Wirtschaft zurechtzubringen, muß man schon den Blick auf das große Ganze lenken. Mit kleiner Parteimagogist ist da nichts zu machen, woraus logisch folgt, daß die Deutschen, ehe sie sich nicht gründlich gemauert haben, von der Verantwortung besser ausgeschlossen bleiben. Sie würden von ihr nur erdrückt, und da wir nicht gebessigt sind, können wir das beim besten Willen nicht wünschen.
Richard Man.

Die Sommerarbeiten der Reichsregierung Neue Gelegenheitsfälle in Vorbereitung.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird die Reichsregierung die vier Monate bis zum Wiederzukunftsbeginn des Reichstages benutzen, um eine Reihe wichtiger Aufgaben zu Ende zu führen und um neue vorzubereiten. Im besonderen wird die Arbeit an einer Anzahl von Gelegenheitsfällen, die in den Reichsministerien geplant sind, so beiläufig vorzugehen, daß sie am Reichstagsanfang November vorliegt werden können.

Das Reichsministerium des Innern wird seine Arbeiten auf die Vereinfachung des Rechts und auf die Schaffung von Rechtsgarantien hinzielen, energisch fortsetzen. Weiterhin werden auch die Arbeiten über die Wahlreform und das Reichsstatut fortgesetzt werden. Der Reichsminister des Innern legt besonderen Wert auf die Fertigstellung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Ein Gelegenheitsfall über Einschränkung des Alkoholverkehrs ist ebenfalls in Vorbereitung.

Im Reichswirtschaftsministerium werden die Verhandlungen über den Finanzausgleich die Hauptaufgabe des Sommers bilden. Das Ministerium wird weiterhin sehr erfolgreich mit Arbeiten der inneren Organisation des Steuerwesens beschäftigt sein. Hier harren z. B. die Fragen der Abgrenzung der Finanzämter noch der Erledigung.

Dem Auswärtigen Amt fällt in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium für den kommenden Sommer im wesentlichen die Weiterführung der Handelsvertragsverhandlungen zu. Der neue Vertrag mit Frankreich wird, wie man hofft, in den ersten Septembertagen in Kraft gesetzt werden können. Die Verhandlungen mit der Schweiz stehen vor dem Abschluß; das gleiche gilt für die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen. Es stehen auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, der Türkei, Griechenland, Letland und Mexiko und mit einer Reihe anderer Staaten, z. B. mit Litauen, werden Handelsvertragsverhandlungen demnächst aufgenommen werden. Neben diesen Verhandlungen ist das Auswärtige Amt aber auch bemüht, weitere Verträge zum Ausbau des Schutzesystems zu schließen. Voraussetzungen werden die diesbezüglichen Verhandlungen mit Norwegen bald zu einem Abschluß gelangen. Mit einer Reihe von Ländern werden ferner Verhandlungen über den Aufbau des Sicherungswesens geführt.

Das Reichswirtschaftsministerium wird sich im Verlauf des Sommers noch mit dem Problem der Exportkreditversicherung zu beschäftigen haben und ebenso mit der Aufrechterhaltung der Reichsministerien Verhandlungen mit der linken und mittleren Industrie über Kreditgewährung. Mit dem Abschluß dieser Verhandlungen erhofft man eine günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt. In Verbindung mit dem Reichsministerium wird das Reichswirtschaftsministerium bei dem großen Arbeitsprogramm der Regierung zu prüfen haben, welche Arbeiten als produktiv anzusprechen sind. Gleichfalls in Verbindung mit dem Arbeitsministerium wird im Laufe des Sommers das Berufsausbildungsgesetz erörtert werden, und schließlich wird sich das Reichswirtschaftsministerium noch mit den Arbeiten zur Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsstatuts befassen haben.

Das Reichsarbeitsministerium ist mit seinem großen Arbeitsprogramm auch für den Verlauf des Sommers vollauf beschäftigt. Außerdem wird an den Wohnungsbau- und Siedlungsfragen verständig gearbeitet werden müssen, und schließlich harren auch, noch eine Reihe von wichtigen sozialpolitischen Gegenständen, die dem Reichstag für den Herbst zugelegt sind, der Erledigung. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird in den Entwurf des Arbeitschutzgesetzes hineingearbeitet werden müssen. Gleichzeitig wird weiter an dem Vergütungsrecht gearbeitet, das als Ergänzung zum Arbeitschutzgesetz gedacht ist. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird zurzeit vom Arbeitsrat des Reichswirtschaftsstatuts behandelt. Das Reichsarbeitsministerium wird dann noch im Laufe des August und September das Ergebnis der am 2. Juli vorgenommenen Erhebung über die Lohnsituation der Erwerbslosenfürsorge zu bearbeiten haben.

Im Reichsjustizministerium sind ebenfalls eine Anzahl von Spezial-Gegenständen in Vorbereitung. Da die Reichsregierung zugesagt hat, das Reichsstatutgesetz im Reichsrat mit allen Mitteln zu fördern, so wird das Reichsjustizministerium im Verlauf des Sommers vor allem mit den Ländern über diesen Gegenstand eingehend zu verhandeln haben.

Der Reichsinnenminister Dr. Käß über die Bedeutung der deutschen Kampfspiele.

Bei der Eröffnung der deutschen Kampfspiele im Stadion zu Köln begrüßte Reichsinnenminister Dr. Käß die vielen Tausenden von Teilnehmern im Namen der Reichsregierung. Der Minister sagte u. a.:

Kunnen und Sport sind im Geiste Friedrich Ludwigs Tahn vaterländischen Volkstums. Auf dem Boden einer vaterländischen Begeisterung gewachsen, haben die Leibesbindungen ein Menschheit und ein Volksgesetz. Sie sollen den Menschen gesund, stark und froh machen; das ist ihre Menschheitsaufgabe. Sie sollen den Einzelnen einbinden in den Dienst der Gemeinschaft und ihn in seinem Sinn für die Pflicht gegenüber Volk und Va-

Aus Parlamenten und Parteien
Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter.
Annahme einer demokratischen Entschlieung.
 (Die Stellung der Volkspartei.)

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde der Gesetzentwurf über die Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter verabschiedet. Die demokratischen Vertreter haben sich im besonderen dafür eingesetzt, daß die Technik des Verfahrens möglichst vereinfacht wird, damit auch die bäuerlichen Pächter bei der Kreditbeschaffung mehr berücksichtigt werden. Jeder fand aber die Entschlieung der demokratischen Reichstagsabgeordneten K ö n i g u n d V e m m e r, durch die diese insbesondere verfaßt worden, den in ihrer Lage befindlichen Pächtern zu helfen, nicht die Unterstützung der Parteien, die sonst ihre Landwirtschaftsreformfähigkeit geltend machen.

Die demokratische Entschlieung lautet:
 „Die Reichsregierung wolle angesichts der überaus schwierigen wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Pächter, insbesondere der bäuerlichen Pächter, den Verhandlungen mit allen beteiligten Stellen, insbesondere mit den Organisationen der Pächter, ihren ganzen Einfluß aufwenden, um zu einer beratigen Senkung der Pachtpreise zu kommen, wie sie der jetzigen geringen Rentabilität der Landwirtschaft entspricht.“

Für die Entschlieung stimmten außer den Demokraten, die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Kommunisten, während alle anderen Parteien nicht dafür zu haben waren. Dennoch fand die Entschlieung Annahme. Hoffentlich wird die Regierung, falls das Reichstagsplenum wie erwartet werden muß, der Entschlieung ebenfalls zustimmen, sich im Sinne des dankenswerten Vorschlags bemühen, durch dessen Durchführung den Pächtern am besten geholfen werden kann.

Neue Verhandlungen zwischen Preußen und Hohenzollern?

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, zu dem Antrag der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, das Staatsministerium aufzufordern, schleunigst eine Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern herbeizuführen, erfuhr der „Demokratische Zeitungsdienst“ von unterrichteter Seite.

Wenn sich eine Möglichkeit bietet, auf dem Vergleichswege die Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern vorzunehmen, so werden die Regierungsparteien in Preußen und auch die Preussische Staatsregierung kaum Einwendungen dagegen erheben. Das Hohenzollernhaus ist ja während der parlamentarischen Verhandlungen der letzten Wochen offensichtlich zu einer „königlichen Tat“ aufgefordert worden. Die Antwort, die einem Zeitungsbericht zufolge Herr von Berg als Generalverwalter des Hohenzollernhauses gegeben hat, ist allerdings kaum ermutigend, denn daß der Oktobervergleich nicht als „ganz großer Vergleich“ angesehen werden kann, ist doch wohl selbstverständlich. Wenn neue Verhandlungen eingeleitet werden sollen, so kann man eine Verhandlungsgrundlage nur dann finden, wenn die Hohenzollern über den Kompromißwert der Regierungsparteien des Reichstages hinaus sich im Interesse des preussischen Staates zu Zugeständnissen verstehen werden. Wenn den Hohenzollern ernstlich an einer Einigung auf einer solchen Grundlage gelegen ist, so gibt es eine Reihe von Verhandlungsmaßnahmen. Man könnte sich z. B. denken, daß der preussische Staat mit den Hohenzollern eine Art Stiefvatervertrag über die künftigen Dienste schließen würde. Gewisse Schwierigkeiten rechtlicher Art bestehen für solche Verhandlungen darin, daß man von preussischer Seite Wert auf eine Gesamtauseinandersetzung legt, während z. B. die Rheinlinie Prinz Friedrich Leopold bisher keinerlei Neigung gezeigt hat, das Schicksal der Objekte, auf die seine Ansprüche erhebt, im Rahmen einer Gesamtauseinandersetzung entstehen zu lassen.

„Schieber-Revolution“

Das völkische „Deutsche Tageblatt“ brachte am 26. Juni die Meldung, daß die Strafkammer des Landgerichts Mannheim gegen einen Wälfischen, namens Drith, verhandelt habe, der in einer Verurteilung der Reichsbankglaubiger den Ausdruck „Schieberrepublik“ und weitere Beleidigungen der republikanischen Staatsform gebraucht hatte. Die aus Mannheim datierte Meldung schließt mit folgendem Absatz:
 „Das Gericht sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung heißt es: Die Vorlegungen des Drith haben ergeben, daß die Vermögensverluste der Witwen Wälfen und alten Leute ihre Wurzeln in der gegenwärtigen Staatsform haben, sowie für diese bezeichnend sind, daß also solche Ungerechtigkeiten erst mit deren Beheben aufhören werden.“

Diese Meldung stellt eine glatte Fälschung dar. Tatsächlich wurde Drith nicht freigesprochen, sondern wegen Bestätigung der republikanischen Staatsform zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der oben wiedergegebene Wort aus der Urteilsbegründung wiederholt lediglich die Worte, mit denen Drith sich zu verteidigen suchte.

Nach diesen Ausführungen, die die Ansicht des Angeklagten wiedergeben, folgt dann die Begründung der Urteilsurteilung durch das Gericht, die folgendermaßen lautet: „Drith hat mit seinen Vorlegungen mit Vorbedacht die Republik der Weidacher, dazu angehen waren, wie dem Geist der Aufzeichnung und der Richtung zu Gemütsmäßigkeiten herozuzuziehen, zu diesem Zwecke gebraucht er die besonders rohe Form, die Republik gehört an Vaterenpflicht.“ Er hätte an dem Wälfischen, den er treffen wollte, ohne solche bestimmgende Worte eine scharke Kritik üben können. Er hat also die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform bestimpt.“

Reichsbannerkameraden!

Su der am 7. u. 8. August in Bitterfeld stattfindenden

Gauberfassungsfeier

werden alle Kameraden und Republikaner herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.



Kameraden! In allen Ortsgruppen muß eine intensive Werbearbeit einleiten. Ein Massenaufmarsch muß neue Siege schlagen, zum Segen der Republik und für den Gedanken eines künftigen geeinigten Großdeutschland.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Driezuggruppe Bitterfeld.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geheimführender Ausschuss). Die Sitzungen fallen während der Ferien aus.

D. D. P. (Stammstift). Dienstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Hotel „Weißer Hirs“, Weinschätzfrage 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Festspiele im Harzer Bergtheater. Wir bitten den Spielplan im Anzeigenteil zu beachten.

Hauszinssteuer.

Auf Grund des preussischen Gesetzes vom 23. Juni 1926 tritt eine Erhöhung der Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. 7. 1926 auf den jetzigen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ein. Wie bisher wird die Steuer am 15. jeden Monats fällig, zum ersten Male also ist der erhöhte Steuerbetrag am 15. 7. 1926 zu entrichten. Im allgemeinen erfolgt keine besondere Benachteiligung der Steuerpflichtner.

Falls im Eigentum öffentlicher Körperschaften, Stiftungen usw., feldende und für diesen Zwecke benutzte, behaute Grundstücke zur Hauszinssteuer herangezogen sind, so kann der Steuerpflichtner hiergegen Einspruch erheben. Der Einspruch ist beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 15. 10. 1926 anzubringen; bei begründeten Einsprüchen tritt die Befreiung vom 1. 4. 1926 ab in Kraft.

Die neuen Grundstücke oder Grundstücke der gewerblichen Zwecken, so kann unter Umständen dadurch eine Herabsetzung der Hauszinssteuer erreicht werden, daß der Veranlagung eine angemessene Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des nach den Vorschriften des Gebäudevermögensgesetzes vom 21. 5. 1861 festgestellten oder festzustellenden Gebäudevermögenswertes zugrunde gelegt wird (Vergleiche S. 2, Abs. 2 der Pr. St. N. L.).

Waren Grundstücke am 31. 12. 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 v. H. des Friedenswertes belastet, so ist der Betrag der Steuer gemäß § 3 Abs. 3 der Pr. St. N. L. in der neuen Fassung auf Antrag des Eigentümers soweit herabzusetzen, daß er bei unbelasteten Grundstücken 375 v. H., bei einer Belastung bis zu 10 v. H. des Friedenswertes 500 v. H., bei einer Belastung bis zu 20 v. H. des Friedenswertes 625 v. H., bei einer Belastung bis zu 30 v. H. des Friedenswertes 750 v. H., bei einer Belastung bis zu 40 v. H. des Friedenswertes 875 v. H. der Grundvermögenssteuer beträgt.

Waren Grundstücke bisher schon mit nur 500 oder 400 v. H. der Grundvermögenssteuer zur Hauszinssteuer herangezogen, weil sie am 1. 7. 1914 höchstens bis zu 20 v. H. des Wertes dinglich belastet waren, so wird auf Grund der Bestimmungen im vorangehenden Absatz die Steuer durch die Katasterämter neu festgesetzt und den Steuerpflichtigen mitgeteilt werden.

Die Herabsetzung der Steuer erfolgt im übrigen nur auf Antrag. Es bedarf jedoch eines neuen Antrages nicht, wenn er etwa bereits zugleich mit der im Anfang dieses Jahres abgegebenen Erklärung über die Friedensmiete gestellt worden ist.

Für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 qm, die bis zum 1. Juli 1918 einschließlich bezugsfertig hergestellt waren und ausschließlich dem Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden, wird auf Antrag des Steuerpflichtigen gemäß § 3a der Pr. St. N. L.

Steuerbefreiung gewährt, sofern das Einfamilienhaus zu diesem Zeitpunkt mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 v. H. des

Friedenswertes belastet war, die Steuer um 275 v. H. der Grundvermögenssteuer, jedoch nicht unter 375 v. H. der Grundvermögenssteuer herabgesetzt, sofern das Einfamilienhaus zu dem angegebenen Zeitpunkt mit einem Goldmarkbetrage von mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war.

Die Freistellung oder Ermäßigung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Einfamilienhaus zum geringen Teil auf Grund behördlicher Maßnahmen vermielet war.

Die evtl. erforderlichen Anträge sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 31. Dezember 1926 zu stellen.

Die Steuerermäßigung oder Befreiung tritt, sofern die Anträge begründet sind, vom 1. Juli 1926 ab in Wirkung.

Bezirk Halle.

Zur Verfassungsfeier

am Sonnabend, den 14. August, erachtet der Festauschuss von den Hausfrauen kleine Geschenke, die im Hausalt einberühlich und für die Verlobung geeignet sind. Diese uns zugehenden Geschenke können im Parteibüro, Leitzugsstraße 21, abgegeben werden. Anderenfalls werden sie auch auf Wunsch und entsprechende Nachfrist an das Parteibüro durch einen Boten abgeholt.

Ausreden gib's nicht!

Just zu der Zeit, da Herr Dr. Stresemann als Außenminister des Deutschen Reiches vor dem Verein deutlicher Studenten die akademische Jugend zur Mitarbeit am heutigen Staat auffordert, wird der Schriftleiter der in Halle erscheinenden „A. Z.“ auch eine Mitarbeit der politischen Gefängnisfreunde des Herrn Stresemann, aber um eine Mitarbeit in etwas anderer Richtung. Als Reichsminister des Äußeren hat Herr Stresemann doch jedenfalls — wenn er es auch nicht ausdrücklich — die Mitarbeit an der bestehenden, also republikanischen, Staatsform gemeint. Dem Schriftleiter der „A. Z.“ dagegen, Dr. Ege, kommt es auf die Mitarbeit an einer Vereinigung von Volksparteilern und Deutschnationalen an. Für die aber hat Graf Westphal noch kurz vor den Reichstagsferien von neuem die „Kaiserlandarte“ als Symbol aufgepflanzt und die Deutschnationale Partei als die einzige monarchentreue Partei bezeichnet. Der deutschnationale Graf ist offen. Der Schriftleiter der „A. Z.“ ist aber auch offen. Die Aufforderung des Herrn von Geyl mit der praktisch und geistig so schönen und bedeutungsvollen Wendung zum Zusammenfluß der „im tiefsten Sinne des Wortes staatsverhaltenden“ Parteien läßt ihm keine Ruhe. Er bietet diese Dienste als Freiwilliger an und ist empört darüber, daß dieses Votivwort von die Volksparteiler annehmbar finden, noch nicht Gehörung gefunden hat. Dr. Ege kennt die politischen Gefängnisfreunde des Herrn Stresemann in Halle und er meint deshalb, man begriffe gar nicht, wie zwischen Volkspartei und Deutschnationalen gleiche Meinungsverschiedenheiten bestehen, man könne sich vielmehr durchaus vorstellen, daß nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern eine völlige Gemeinschaft zwischen beiden Parteien hergestellt würde und beide Parteien nur eine einzige Partei bilden könnten. Das sei nicht nur möglich und nötig, sondern dagegen gäbe es auch gar keine Ausreden.

So beurteilt man die Hallischen Volksparteiler, und andernorts wird es nicht viel anders sein. Möglich, daß man die Werbung in einer höflicheren Form vorbringt. Man diktiert den Volksparteilern einfach: Seht! Schluß mit euren Ausreden, die gib's nicht mehr. Auch daß der volksparteiliche Führer nebenbei republikanischer nicht gut an die Seite des kaiserlichen Stabartenrichters treten kann, scheint der Werbung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Man sieht vielmehr darüber hinweg und scheint das als einen kleinen Schönheitsfehler zu betrachten, der bei einer Vereinigung entweder nicht ins Gewicht fällt, oder repariert werden kann. Wenn man nur „im tiefsten Sinne staatsverhaltend“ ist, alles andere findet sich. Ob diese Hallische Meinung stimmt, bleibt abzuwarten.

Der, auf den es dabei in erster Linie ankommt, und an dem auch die Hallischen Volksparteiler nicht unbeachtet vorübergehen können, nämlich Herr Stresemann selbst, hat eine sehr feine Witterung für die Windrichtung, aus der die deutschnationalen Zustände kommen. Die Wählermassen der Deutschnationalen sind auf einer Wandlung, und scheinen dabei immer mehr nach der Linken Seite abzuweichen. Man sieht sich nach geeigneten Auffüllungsmaterial um. Und ausgerechnet in diesem Augenblick wird der volksparteiliche Reichsaussenminister von der akademischen Jugend zu einem Vortrage über Staatsgelingen eingeladen! In Halle verschwindet so etwas natürlich. Oder man läßt eine Entscheidung, die nicht in den Gleichheitsstrom fällt, vielleicht mit beiderseitiger Zustimmung verschwinden. Sollte ist das Zentrum der Bereitschaft für die „im tiefsten Sinne staatsverhaltenden“ Parteien. Also: Einfließen! Und Ausreden gib's dabei nicht! Außerdem hat man ja dieses Einfließen schon so oft geübt, daß es eigentlich auch diesmal klappen müßte.

Ganz niedrig hängen!

In Nr. 27 des „A. Z.“ hatten wir die von dem Organ des Hallischen Volks-Bundes gegen Frau Dr. Lüders anlässlich der Flagenoffiziere auf dem Internationalen Frauenfünftageskongress gerichteten Botschaften zurückgewiesen. Jetzt nimmt Frau Dr. Lüders in der „Völkischen Zeitung“ und unter der Überschrift „Ganz niedrig hängen“ noch einmal zu der ganzen Angelegenheit Stellung, weil die Zeitschrift „Die deutsche Frau“ nochmals auf den Vorgang zurückkommt. In einem mit

der Ueberschrift „Wo steht die Fahne“ und J. H. (wohl Nie Hanel) gesehener Artikel, berichtet diese Zeitschrift mit unverkennbarem Behagen, daß die von der deutschen Delegation angebrachte Fahne, „Schwarz-Rot-Gold“ am Tage nach ihrer Anbringung verschwand und an dem Orte, wo sie hingewunden blieb. Dieser beschämende Tatbestand wird in dem Artikel zunächst in breiter Weise geschildert und daran die Verächtlichkeit gegenüber dem deutschen Reichthum und dem Reichthum der Fahne, die in einer geradezu jenseitigen Weise dargestellt wurde, führt sie am Schlusse ihrer in der „Börsen Zeitung“ gedruckten Erwiderung dazu aus:

Frau Dr. Widlers stellt zunächst fest, daß sie selbst in ihren früheren Artikeln das Verschwinden der schwarz-rot-goldenen Fahne aus Scham und aus Rücksicht auf das Ansehen Deutschlands verschwiegen habe. Nachdem nun aber dieser Vorgang in dem Artikel in der Zeitschrift: „Die deutsche Frau“ an die Öffentlichkeit gesetzt und in einer geradezu jenseitigen Weise dargestellt wurde, führe sie am Schlusse ihrer in der „Börsen Zeitung“ gedruckten Erwiderung dazu aus:

„Kommentar unmöglich und überflüssig. Unmöglich, weil natürlicher Geist widerstrebt, sich mit so viel menschlicher und politischer Grausamkeit wie sie jener angeblich „nationaler“ Grausamkeit in Form und Inhalt zu Tage fördert, zu befassen. Ueberflüssig, weil diejenigen, die es anginge, sich doch nicht schämen würden. Es heißt also nur übrig — wie so oft —, sich für sie zu schämen, denn ihnen selber scheint jedes Gefühl dafür abhanden gekommen zu sein, was es bedeutet, zehn Tage lang die Gattfreundschaft eines Landes zu genießen, sich um seinen führenden Staatsmännern (Brand, Herzog, de Monzie usw.) empfangen und begrüßen zu lassen und dann die Gattgeberinnen — ohne den leinsten Schatten eines Beweises — des Diebstahls am Eigentum des Landes zu zeihen! Wie groß muß der Haß gegen die „mürrdelosen Demokratinen“ sein, wie erbärmlich die Angst vor ihnen, wenn man in der Hitze des Gefechts gegen sie nicht mehr merkt, in welchem Gesinnungssinn man verfährt.“

Wiewohl man den empörten volksparteilichen Vertreterinnen der angeblich durch uns vertrieben „nationalen Würde“ jetzt doch allmählich klar, wohin zum Zwecke parteipolitischen Hehe so gründlich entstellte Berichte führen, wie sie sie über den Pariser Frauenstimm-

rechts-Kongreß verbreitet haben. Vielleicht auch — und wir hoffen es, trotzdem wir immer vergeblich noch auf eine der Wahrheit entsprechende Berichtigung ihrer Darstellungen in der Presse warten — werden sie nun das Wort zu den Verächtlichen in der „Deutschen Frau“ nehmen, um die „Preisfrage“ zu lösen: Wer ist der Täter, wer Anstifter, wer Mitwisser?!

D. D. P. Halle.

Am Sonnabend, den 14. August, veranstaltet der Verein der D. D. P. in den Räumen des Neumarkt-Schützenhauses (Garten und Saal) eine **Verfassungsfeier** verbunden mit einem **Sommerfest.**

Gartenkonzert •• Tombola •• Kinderbelustigungen aller Art.

Festrede zur Verfassungsfeier.
Abends Tanz im Saal.
Eintritt 60 Pfennig, Kinder frei. — Beginn 4 Uhr.

Die Mitglieder und Genußgenossen werden mit ihren Angehörigen gebeten, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Auch die Freunde aus dem Bezirk sind herzlich eingeladen.
Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21, und in der Steinort-Buchhandlung von A. Simonsohn, Gr. Steinstraße 54/55, zu haben.

Neue Bücher

Schwahn, Fritz: Vom Werden der deutschen Republik, 1815 bis 1918. (S. Alpers-Berlag, Delitzsch), S. 147. Es ist nicht zu leugnen: Für die meisten gehört leider der Geschichtsunterricht zu den am wenigsten erinnerungsfreudigen Stunden

ihrer Schulzeit. War schon die Handhabung des Unterrichts an und für sich angebracht, jedes Interesse in dem jungen Schüler zu erwecken, so zeigte vollends das spätere Leben, wie all das Eingepaukte der Wissenschaft selbst nicht immer erbracht, entsteht und umgewandelt war. Die Vorkämpfer vermittelten Berrichterungsgeschichte. Unzulänglich war vor allem die Darstellung historischer Zusammenhänge der neuen Zeit. Aber gerade die Vorgänge der letzten 100 Jahre sind so unermesslich für das Verständnis der Zeitgeist. Und wenn heute immer wieder dem Vater großer Demokratischer Leistungen im Zusammenhang mit Freiheit- und Großdeutschlandsfragen Einblicke in jene große Zeit geboten werden, so genügt das doch Freiheit und Größe kämpfender Völker zu erkennen. Man kommt diesem Bedürfnis nach einer großzügig angelegten Beschreibung deutscher Vorgeschichte — wie wir sie als Demokraten sehen — Fritz Schwahn in seinem Buche nach. Es ist, wie der Verfasser es selbst angegeben willen will, vollständige Darstellung. Aber selbst der Kenner wird mit Interesse in diesem Buche lesen, das in kurzer und übersichtlicher Form all das zusammenfügt, was das deutsche Volk vor hundert Jahren bis heute bewegt hat. Es ist kein heruntergezogenes langweiliger Begebenheiten. Im Gegentheil, der Verfasser hat es verstanden, aus jener Geschichte unseres Volkes lebendig und wahr miterleben zu lassen. Er gibt uns mit dem Buch, das mit einer Würdigung der Persönlichkeit Friedrich Engels schließt nicht nur ein Werk geschichtlicher, sondern auch politischen Wertes in die Hand. E. G.

Briefkasten

Zerbst. Sie haben jedenfalls einen anderen Vorgang im Auge. In der Presse wurde die Mitteilung verbreitet:

Zwei Tage vor dem Ausscheiden des Ministers Schiele aus seinem Amt ist sein persönlicher Adjutant, Herr von Reudell, der Bruder des Landtagsabgeordneten von Reudell, noch zum Ministerialrat befördert worden. Herr von Reudell ist durch den Minister Schiele im Februar als Regierungsrat in das Reichsinnenministerium berufen worden; er wurde dann in kurzer Zeit Oberregierungsrat und nun ist seine treue Arbeit belohnt durch die Ernennung zum Ministerialrat.

Diese schnelle Karriere wollten wir nur festhalten. Geben Sie uns doch bitte über den anderen Fall nähere Unterlagen.

Hale, 16. August: Amerikanisches General-Konjunkt, Berlin, Wilhelmstraße 46-47.
Zerbst, K. Ist uns nicht bekannt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Anz.), Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Park-Restaurant Herrenkrug
Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baumbestand und durch seine wundervollen Rosen- und Seilensanlagen, die bedeutendsten der Provinz.
Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 4 Uhr ab
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.
Eintritt frei. Eintritt feat.

Meyer Michaelis
Gebr. 1864 Magdeburg Gebr. 1864
Dr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424
älteste Bezugsquelle
für Sekt, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Bezugsartikel

Ausführung sämtlicher Maurerarbeiten
Neubauten - Umbauten - Reparaturen
Schwammbelegung, Trockenlegung feuchter Wände
Skizzen und Kostenschätzungen gratis und unverbindlich
Wilhelm Hohe, Baugeschäft
Bürgerstraße 10 Magdeburg - W. Bürgerstraße 10
Verlangen Sie kostenlosen Besuch.

Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.


Prima Rinder-Gefrierfleisch
Freies Schweinefleisch
in allen Lagern.
Wurstwaren in feinsten Qualität.

Unter Manufakturwarengeschäft Dreier Weg 56 ist von Dienstag, den 20. bis Donnerstag, den 22. Juli geschlossen. Am Freitag, den 23. Juli Eröffnung des neuen Manufakturwarengeschäfts Ecke Jacobs- u. Peterstraße (Reichstrasse).

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel.

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen zu kulantesten Bedingungen aus.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
— Eintritt jeder Zeit. —
Tel. 6354. Tel. 6354.

Werb Abonnement!
Reisepiele im Harzer Vergnügen zu Halle.
Wochenpielplan
Sonntag, den 18. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt. 7 Uhr Faust I.
Montag, den 19. Juli, 1/5 Uhr Faust I.
Dienstag, den 20. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt.
Mittwoch, den 21. Juli, 1/5 Uhr Faust I.
Donnerstag, den 22. Juli, 1/5 Uhr Die Räuber.
Freitag, den 23. Juli, 1/5 Uhr Was ihr wollt.
Sonnabend, den 24. Juli, 1/5 Uhr Einführung Liebes Leid und Lust. 7 Uhr Faust I.
Sonntag, den 15. Juli, 1/5 Uhr Liebes Leid und Lust. 7 Uhr Faust I.
Balkontickets von Halle nach den Harzorten gratis und zurück.

Hermann Peters
gegr. 1872 Magdeburg gegr. 1872
Anhaber:
Gustav und Albert Peters
Dachdeckermeister
Braunehofstr. 4, Fernspr. 5670
Ausführung aller Art Dachung.

Druck-sachen
für jeden Bedarf schnellstens an
Buchdruckerei
Hugo Alpers,
Delitzsch-Fernr. 466.

Kaufe im Konsum-Verein

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 50 Centesimale monatlich zahlbar. — Jedes einzelne Heft kostet 10 Centesimale. — Bestellungen nehmen alle nach dem Namen, dem Namen und der Adresse. — Bestellungen sind zu richten an den Verleger, dessen Name und Adresse unten angegeben ist. — Der Verlag für den Inhalt der Beiträge und die Druckkosten ist der Redaktion zu überlassen.

Abonnementpreis: Für die dreimonatliche Nummer 10 Centesimale. — Einzelnen im Abonnement 1 Mark. — Abonnementnehmer durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Brühlstraße Nr. 21. — Druckerei: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 29

Halle (S.), 17. Juli 1926

2. Jahrgang

Die Krise der Diktatur.

Rangel an Persönlichkeiten — Die sterbende Monarchie — Vollmachten für König Albert — Alfons auf Reisen — Der Schatten Mussolinis — Wirkliche Diktatoren und ihre Plagiatoren — Die Erstürmung der Bastille — Primo de Rivera als Arzt — Scheinkonstitution in Spanien — Die Tangerzone — Pangalos baut ab — Diktatorenkrieg in Portugal — Oldenburg-Januschhaus Wünsche — Die Randare — Die Noten des Generals Walsh — Frankreichs Kampf um den Franken.

Man spricht so gern von einer Krise der Parlamentarismus und behauptet, daß diese Einrichtung so ziemlich als Törichteste sei, was es auf dieser an Vorhaben überdachten Welt gebe. In Wirklichkeit krank dieses System abgesehen von einem fühlbaren Mangel an Persönlichkeiten, deren Erscheinung, die es mit anderen menschlichen Leistungen teilt. Auch die Monarchie ist an dem gleichen Leibel zugrunde gegangen. Die Monarchie hat, als es eine Monarchie mehr gab, wenigstens keine, die Formate hatten. Nur die Augen Engländer und einige Kaiser, die von ihnen gelernt hatten, retteten die Kronen in die ewige Zeit. Hinterher haben die gekrönten Häupter sich selbst. Scheinbar gibt es eine Ausnahme in diesem Fall. Die belgische Kammer bewilligt ihrem König diktatorische Vollmachten, um den Frank auf seinem Abwege etwas aufzuhalten. Aber König Albert ist der Name für eine andere Sache, denn die Vollmachten werden nicht von ihm, sondern von seinem Kabinett benutzt. Er darf sie unterschreiben, und wenn er sie weigern würde, etwas zuzubehalten, was ihm garnicht gefällt, so würde das nur ihm und nicht den Vollmachten haben. Das nennt man konstitutionelles System. Beibringen darf er sich darüber nicht beschweren, denn seinen Seiten in diktatorisch begüterten Ländern ergeht es nicht besser. Alfons XIII. wird zwar auf Reisen geschickt, um politische Geschäfte abzuwickeln, aber seine Aufträge sind eng begrenzt. Er ist nur der Reisende der Firma und hat die Befehle ihres Chefs zu vollziehen. Und König Viktor Emanuel wird sich in den Jahren der Kaiserthum bereits daran gewöhnt haben, daß er nur die Schatten Mussolinis in die Weltgeschichte einbringt. Er selbst zählt nicht, auch wenn immer das Saopver Lied erklingt wird meistens freilich erst nach der Woezza, der Aschermittwoch.

Es ist gut, daß wir eine Auswahl von Diktatoren haben — glücklicherweise in anderen Ländern — um feststellen zu können, daß auch dieses System brüchig geworden ist. Die allgemeine Epidemie, die man am besten die Krise der Persönlichkeiten bezeichnet, hat alles zerstört. Dabei aber stellt sich heraus, daß der Parlamentarismus nur ein Notbehelf ist, wenn die Diktatur jedoch verlangt übertragene Persönlichkeiten. Es gibt in der Geschichte zweifelslos einige, die aus dem Rad des Weltgeschickes notwendig getrieben haben, um weil ihnen die seltsame Eigenschaft eigen, daß sie im Grunde Demokraten gewesen sind und nicht gegen das Volk, sondern gegen eine gerührte und trotzend herrschende Aristokratie auftraten. Das César seinen Urteilung dieses Demokraten, sonst jedoch blieb er ein Sohn des Volkes, und die im Namen der Republik ihn erschaffen, gehörten nicht dieser Partei an, sondern dem alten Adel. Und ganz ähnlich Cromwell, ganz ähnlich auch der kleine Napoleon aus Korsika, der sich nachher Kaiser Napoleon nannte und nie seine Herkunft aus der französischen Revolution verleugnete. Selbst sein Leibe, der sich nicht in diese Reihe einordnen läßt, bekennt sich immer zum Volkstum, und er hat bekanntlich ähnlich wie König Oskar von Schweden geäußert: „Ich wäre sehr gern Republikaner, aber mein Geschäft erlaubt mir das nicht.“

Diktaturen haben in erregten Zeiten schon einen Sinn, wenn man Diktatoren hat und keine Surrogate. Auch Mussolini gehört in diese Kategorie, obwohl er augenblicklich noch auf der Höhe der Macht steht. Die Verdienste, die er erlangt hat, scheinen sich der Aufmerksamkeit zu sein. Man hört dort die starken Töne. Und trotzdem darf nichts darüber hinwegtäuschen, daß der Boden sich unter ihm löst. Seit seiner Annahme, General Primo de Rivera, erzählt zwar in Paris, wo er bei den Klängen der Marschälle am Tage der Erstürmung der Bastille militärisch grüßen wird, daß er als Arzt eine unbedingte Notwendigkeit am spanischen Volkstum zu sein will, daß ihm noch keine medizinische Gesellschaft zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hat. Offenbar will man erst die Folgen seiner Eisenhärte überblicken können. Vorläufig führt sich der Patient jedenfalls reichlich unbedarft, und von irgendwelchen Genesungsvorschritten hat nichts sichtbar. Im Gegenteil. Das große Geschick, das man dort eine lächerliche Verschwörung nannte, zeigt,

daß noch starke Gifte im Körper sind. Es ist schließlich keine Kleinigkeit, wenn sich die ersten Geänder des Landes heimlich zusammenantun, um die unfriedlichen Diktatur zu steuern. Primo de Rivera hat auch so eine leise Ahnung davon, daß es mit der Diktatur allein nicht geht. Deshalb seine Bemühungen, einen Scheinkonstitutionalismus zu schaffen, ein Parlament, in das aber nur erprobte Männer eintreten dürfen. Wähler sind unermüdet. Sie werden schon durch die Statuten ausgeschlossen, was mit man den Zweck eines solchen Benfalls allerdings gründlich verkennt.

Wenn man im Inneren sich selbstgeföhren hat, sucht man nach außenpolitischen Geiseln. Das haben Diktatoren und Herrscher von Gottes Gnaden jederzeit als das letzte Rezept angesehen. Mitunter gelang es, meistens aber endete es mit einem Mißerfolg, wie erst vor einem Jahrzehnt bei den Romanows. Auch der Spanier sucht kramph,

Primo de Rivera.



„Jeder Putsch ist Hohperr! Außer meine Sache!“

hät nach Erhöhung des Preises. Dabei ist das Klügliche: auf Tanger, das ja in Wien zu erreichen ist. Er möchte gerne die Zone der neutralen Zone in das spanische Her durchgehen. In Paris nicht man wohl knüpfte nur die eine Bedingung an die Zustimmung in London sich zu Gleichem entschließen, Voraussetzt, daß dort schon das Klein gelipelt so geschah es. Aber selbst wenn Herr Changanliche gewesen wäre, hätte deshalb die Frage in Tanger gelöst werden können. Hier erheben darauf auch Anspruch. Preisstängel, worauf die Italiener nicht Auf von Nordpol angefangen bis Feuerland. eben eng und hart, im Naume lösen sich das Das Einzige, was der General heimbringt, ist brief.

Auch Griechenland hat einen General. Nach dem Kriege von Völkern verboten bleibt diesen arbeitslosen Zeitgenossen nicht sich nach einer anderen lohnenden Beschäftigung. Nur dem Höchsten gilt ihr Streben, und so regelmäßig auf den Königserlaß. Auch Pangalos baut die Diktatur langsam und sicher ab, ehe man ihn abbaut. Er schließt die Verantwortung allmählich ab. Und er tut recht daran, denn die Erfahrungen seines Kollegen Dacosta sind nicht die besten. Mit dem Waffen hat er sich nicht getrennt. Er selbst trat eine unfriedwillige Heise nach den Ägypten an. Auch der Name de Herosimo hat ihn dabei so wenig beunruhigt, wie Abd el Kerim der Name seines künftigen Reichthumsvertrages La Reunion. Ein kleiner Zwischenfall unterweg, eine Garantie der militärischen Disziplin, zu bester Meuterei der Bewachungsmannschaften, wendet den Kurs. In unsere Heimat

lehren wir wieder. Dort hat sich inzwischen die Konturzenz aufgetan, und so erleben wir mit einer geradezu langweiligen Wiederkehr des Gleichen, daß überall, wo ein Militär Diktator wird, der Krieg der Diktatoren entbrennt. Das ist nicht nur in China, sondern auch in Europa so.

Klage Beobachter werden daraus schließen, daß es mit diesem vielgerühmten System nichts ist. Da diese Erkenntnis aber nur für Folge Beobachter gilt, hat General Oldenburg-Januschhaus bei einer Dankmahlzeit in Kielburg geäußert, der Generalkonvention in Randare fester anzuhören. Aus dem Kaiserreichsstation des preußischen Junkers in das Politische überführt, Herr von Hindenburg sollte Diktator spielen. Die Gefahr ist nicht groß, denn der Marschall hat eine Eigenschaft, die ihn dazu ganz ungeeignet macht, seine Treue. Er hält jeden Eid, den er geschworen, noch freundschaftlich angefangen bis zum Eid auf die Reichsverfassung. Was ihm die Januschauer aller Färbungen sehr verboden, auch wenn sie von nichts so viel reden, als von der deutschen Treue. Der Präsident der deutschen Republik aber hat in diesem Jahre seiner Amtsführung überdies gelernt, daß ein Staat nicht ganz so robust ist, wie er scheint, sondern aus der Werksstätte der Feinmechanik herorgegangen ist und viel mehr Intelligenz zur Bedienung braucht, als Reichsblätter annehmen. Diese Reiche, die immer peinlich über andere Ehre wachen, sind wenigstens vorurteillos, sobald es sich um die Ehre selber handelt. Niemals geraten sie in einen Konflikt der Pflichten, schon weil sie mit diesem Begriff nichts anfangen wollen. Am meisten scheuen sie Verantwortung. Wenn ein französischer General, der zufällig kein Diktator ist, sondern nur an der Spitze der internationalen Militärkommission steht, seine Diktatorberechtigung nachweisen will und Deutschland mit Noten über mangelnde Abrüstung — daß die Vorkonferenz noch nicht abgerufen erklärt hat, daß er offenbar übersehen, obwohl die Feststellung in französischer Sprache getroffen wurde, so jubeln alle Frommen. Weich, die Republik hat Recht. Nichts ist ihnen unjüngstlicher, als



Es ist gut, was man mit einem Sinnus bezeichnet. auch beschloß, wenn der Frank führe wie kleine Kinder, die sich überharte freuen, wobei wir den recht tun wollen. Sie beschäftigen sich mit der Feuerwehr und den schänden. Nicht einmal an einer sie Interesse. Der Kampf, den den, ist in Wirklichkeit eine Inter. Es ist unter dringender Wunsch. Das französische Dumbing mir wir stimmen den Amerikaner zu, seinen Wiederaufbau vollziehen anfangen auf Goldstandard gebracht erfolgen wir auch mit herzlicher ungen der Gouverneur Strong die sich in der Siebende der Nit dem Gouverneur der Bank von eralangen für die Reparationen es europäische Problem zu lösen. unserem Sinne, daß Caillaux in Erfolg erstritten hat. Die Sicher nicht zugebilligt, was wir bei die Möglichkeit einer Revision wenn Deutschland mit seinen stand bleibt. Hier werden zu schäde, und es ist schade, daß man gegen diese Wertpapiere sträubt. Wenn die Angelegenheiten von Frankreich nur dann Schuldenföhlung verlangen können, wenn Deutschland ablungsfähig ist, bietet das eine gewisse Garantie gegen neue Aufreinstfälle. In Paris ist man dann nicht mehr so erregt, sobald ein Wechsel auf Berlin gezogen nicht honoriert wird. Man hält sich einfach an seinem eigenen Gläubiger schuldig. England und Amerika können gar nicht den Wunsch hegen, daß wir das ganze Danesquandien erfüllen, denn da die Korruption überfällt unterer Wirksamkeit sind, müssen wir sie erst aus dem Weltmarkt herausscholen zum Schaden der Konkurrenz. Sie aber verzichtet lieber auf Erhaltung als auf Geschäfte. So schließt sich der Ring. Doch um sich in dieser Wertpapiere von Politik